

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Andreas Stangl

Martin Oppenauer, BA

Präsident der AK Oberösterreich

Wissenschaftlicher Projektleiter, IFES

IFES-Studie im Auftrag der AK Oberösterreich zeigt:

**Schwache Performance: Acht von zehn Beschäftigten sagen,
dass die Landesregierung mehr gegen die Teuerungen machen muss!**

Pressekonferenz

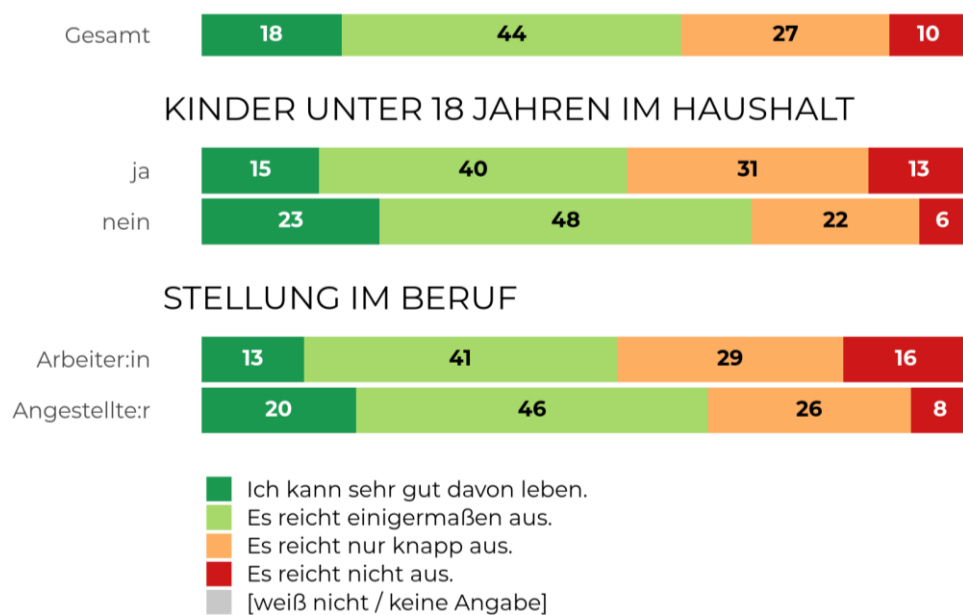
Montag, 12. Dezember 2022, 9 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Nichts beschäftigt die Menschen in Oberösterreich so sehr wie die derzeitige Teuerungswelle. Viele fühlen sich von der Politik im Stich und mit ihren finanziellen Problemen alleine gelassen. Vier von zehn Beschäftigten kommen mit ihrem Einkommen kaum oder gar nicht mehr über die Runden. Sie erwarten sich, dass die Politik etwas gegen die steigenden Preise unternimmt und werden enttäuscht. Das zeigt eine aktuelle IFES-Studie im Auftrag der AK Oberösterreich. Deren Forderungen an die Landesregierung werden von den Befragten mehrheitlich unterstützt.

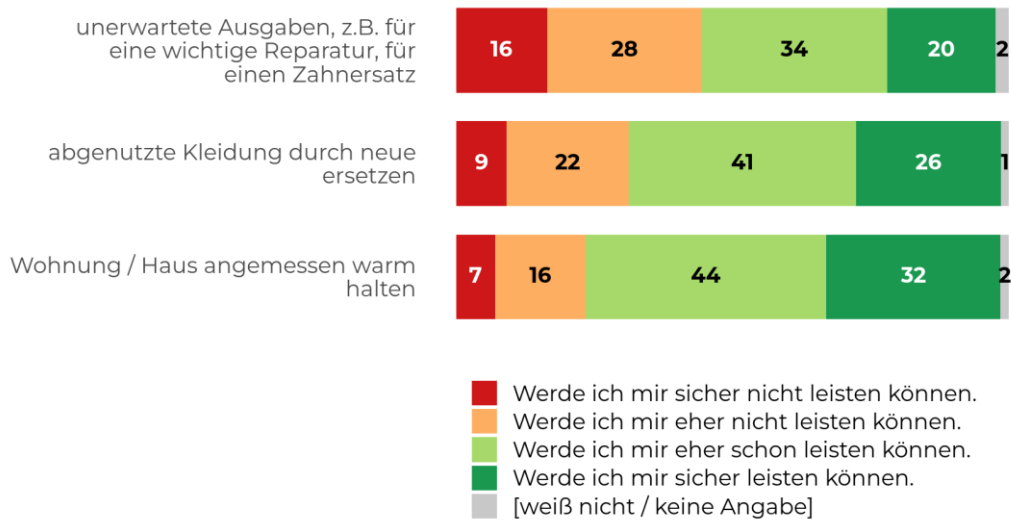
Knapp vier von zehn unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich kommen mit ihrem Einkommen derzeit nur knapp oder gar nicht aus. Häufiger davon betroffen sind Arbeiter/-innen, Jüngere, Personen mit Kindern oder Jugendlichen im Haushalt sowie Personen mit Migrationshintergrund. Das sind auch jene Gruppen, die die Teuerung derzeit besonders stark zu spüren bekommen.

Auskommen mit dem Einkommen



44 Prozent der Beschäftigten in Oberösterreich rechnen damit, unerwartete Ausgaben wie für Reparaturen oder einen Zahnersatz im kommenden Winter nicht oder eher nicht stemmen zu können. Fast die Hälfte wird auf Freizeitaktivitäten wie Essengehen, Konzerte, Theater oder Kino verzichten. Ein knappes Viertel nimmt an, die Wohnung bzw. das Haus nicht ausreichend warm halten zu können.

Viele können sich das Leben nicht mehr leisten



Von jenen Beschäftigten, die nicht mit ihrem Einkommen auskommen, sagen sogar mehr als zwei Drittel, dass sie es sich kaum oder gar nicht mehr leisten können, ihre Wohnung oder ihr Haus warm zu halten. Die Hälfte glaubt, die Wohnkosten nicht mehr bezahlen zu können. 84 Prozent haben Probleme, unerwartete Ausgaben zu stemmen, zwei Drittel schaffen es nicht, abgenutzte Kleidung durch neue zu ersetzen.

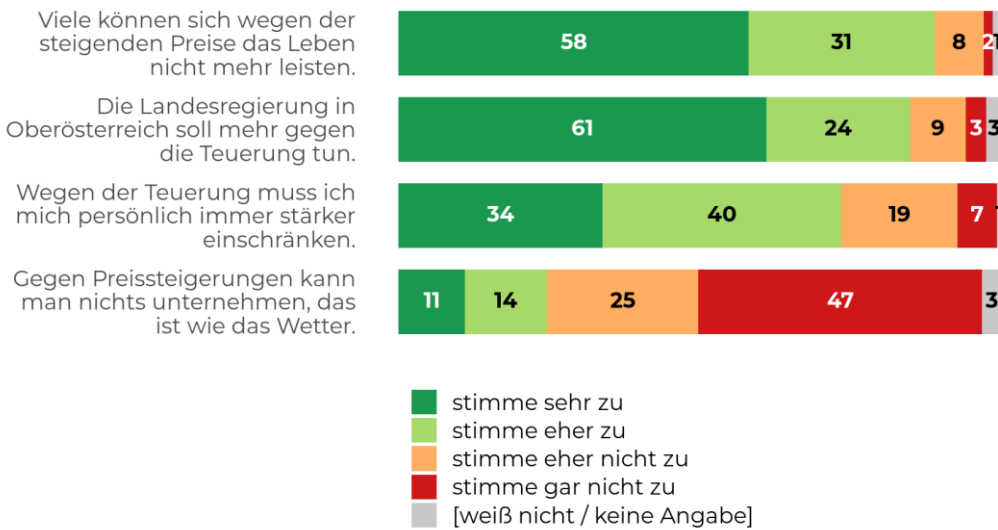
Immer mehr Beschäftigte müssen sich einschränken

Neun von zehn Beschäftigten in Oberösterreich gehen davon aus, dass sich viele Menschen wegen der Teuerungen das Leben nicht mehr leisten können. Drei Viertel geben an, dass sie sich selber immer stärker einschränken müssen, um über die Runden zu kommen.

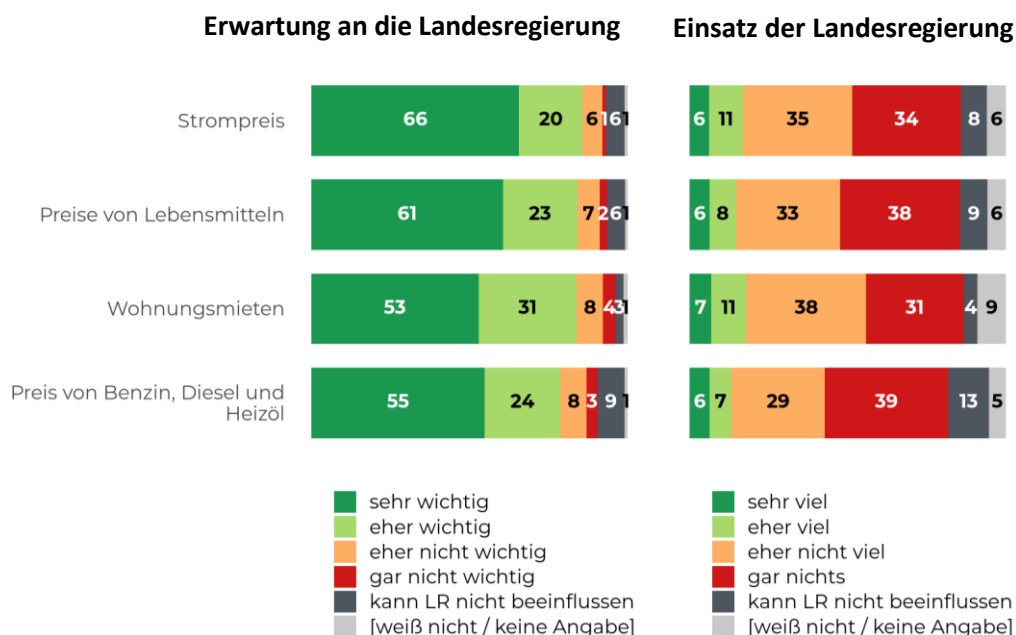
Teuerung ist kein Naturereignis

Die Teuerungswelle wird von den Menschen in Oberösterreich aber keineswegs als gottgegebenes Naturereignis gesehen. Nur ein Viertel meint, dass man, ähnlich wie beim Wetter, nichts dagegen unternehmen könne. Ein Drittel sagt, die Politik sei machtlos gegen die Teuerung. Auf der anderen Seite stimmen weit mehr als 80 Prozent der Menschen der Aussage zu, die Landesregierung müsse mehr gegen die Teuerung unternehmen. Allerdings: Nicht einmal ein Viertel der Beschäftigten in Oberösterreich hat Vertrauen in die Konzepte der Landesregierung.

Die Landesregierung muss mehr gegen die Teuerung tun!

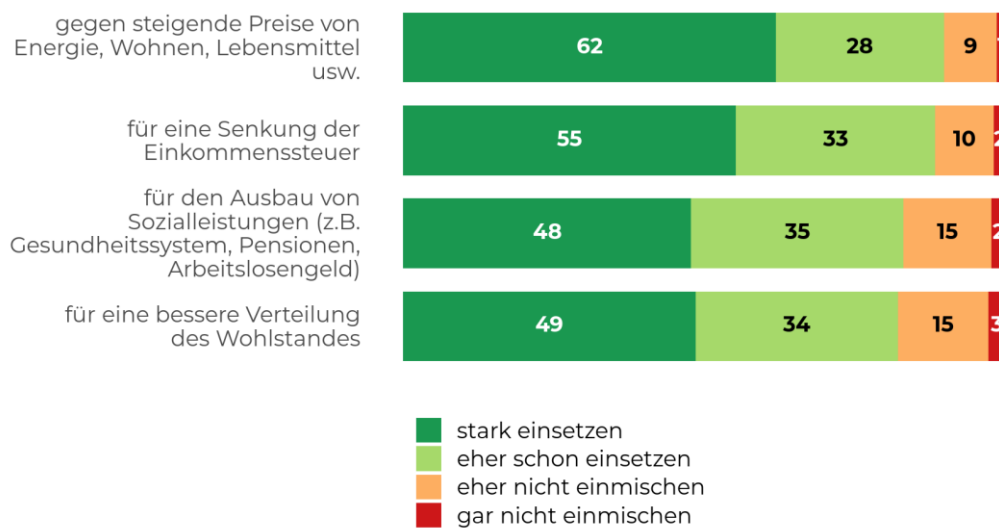


Besonders wichtig sind den Befragten landespolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Preissteigerungen. 86 Prozent erwarten sich Maßnahmen gegen den viel zu hohen Strompreis, 84 Prozent gegen die Preise auf Lebensmittel und ebenfalls 84 Prozent gegen die explodierenden Wohnungsmieten. Aber die Landesregierung zeigt eine schlechte Performance im Kampf gegen die Teuerungen, so die Ansicht von mehr als zwei Drittel der oberösterreichischen Beschäftigten. Nur 17 Prozent sehen viel Engagement des Landes gegen den Strompreis. 18 Prozent attestieren ihr hohen Einsatz gegen die Mietpreise und nur 14 Prozent befinden, die Landesregierung würde sich gegen hohe Lebensmittelpreise einsetzen.



Die Menschen fühlen sich von der Arbeiterkammer viel besser vertreten. Während nur 15 bzw. 18 Prozent den Konzepten und Ideen der Bundes- und Landesregierung Vertrauen entgegenbringen, genießen die Lösungsvorschläge der Arbeiterkammer bei mehr als der Hälfte der Beschäftigten Vertrauen. Daraus resultiert hohes Vertrauen der AK-Mitglieder in ihre Interessenvertretung.

Wofür soll sich die Arbeiterkammer einsetzen?



Forderungen der AK Oberösterreich

Es ist höchste Zeit, dass die oberösterreichische Landesregierung die Hilferufe der Bevölkerung ernst nimmt und alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um die schwerwiegenden Auswirkungen der Teuerungen abzufedern. Es gibt eine Fülle an Stellschrauben, an denen gedreht werden kann. Die AK hat in den vergangenen Monaten viele davon aufgezeigt und eingefordert. Einige Maßnahmen haben Priorität:

Mehreinnahmen im Landesbudget wieder an die Menschen zurückgeben und Gewinne der Energie AG für Preissenkungen verwenden

Die Energie AG hat im vergangenen Jahr 42 Millionen an das Land Oberösterreich und die Landesholding als Anteilseigner ausgeschüttet. Wenn man von der bisherigen Ausschüttungspolitik und der bisherigen Entwicklung des Halbjahres-Konzernergebnisses ausgeht, ist alleine 2022 von einem Plus für das Land von rund 25 Millionen auszugehen. In Summe hat das Land 2022, auch aufgrund sprudelnder Bundesertragsanteile, um 405 Millionen Euro mehr eingenommen als ursprünglich budgetiert. All diese Gelder dürfen

nicht einfach im Landesbudget versickern, nur um die Finanzgebarung des Landes Oberösterreich zu verschönern. Das Geld muss zurück zu den Menschen.

Leichter Zugang zu Wohnbeihilfe für Menschen mit geringem Einkommen und Verdoppelung der Mittel auf 110 Millionen Euro jährlich

Laut Statistik Austria gab es 2021 in Oberösterreich 225.000 Hauptmietwohnungen, 24.352 Haushalte bezogen Wohnbeihilfe. Das sind 10,82 Prozent. Laut IFES-Studie können sich aber rund 20 Prozent der Oberösterreicher/-innen wegen der Preissteigerungen das Wohnen nicht mehr leisten. Sie sollen von einer Reform der Wohnbeihilfe profitieren. Der Trend ging allerdings in den vergangenen Jahren in die umgekehrte, völlig falsche Richtung: Während im Jahr 2010 noch rund 85 Millionen Euro aus dem Landesbudget für die Wohnbeihilfe verwendet wurden, waren es im Jahr 2021 nur mehr 55 Millionen Euro. Dadurch ging die Zahl der Haushalte, die Wohnbeihilfe bezogen, um mehr als ein Drittel zurück. Dieser Trend muss jetzt rasch umgekehrt werden. Die Mittel für die Wohnbeihilfe müssen auf 110 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt und der Bezieherkreis muss ausgeweitet werden.

Rechtsanspruch statt Betteln um Wohnbeihilfe

Es braucht einen Rechtsanspruch auf diese wichtige Leistung, wie das etwa auch in Wien der Fall ist.

Auch der maximal geförderte Quadratmeterpreis muss dringend angehoben werden. Für Wohnungen, die über sieben Euro pro Quadratmeter kosten, wird derzeit keine Wohnbeihilfe gewährt. Günstigere Wohnungen sind aber angesichts der exorbitanten Mietpreissprünge in der Realität immer seltener zu finden.

Erhöhung des Heizkostenzuschusses von 200 auf 700 Euro für Menschen mit Einkommen bis 1.371 Euro und unverzügliche Auszahlung

Das Land Oberösterreich erhöht den Heizkostenzuschuss für 2023 lediglich auf 200 Euro, ein Plus von 14 Prozent. Angesichts der Teuerungen auf dem Energiemarkt ist das viel zu wenig. So wie im Burgenland soll der Heizkostenzuschuss auf 700 Euro erhöht werden. Aus Sicht der AK muss auch die Einkommensgrenze für den Anspruch auf Heizkostenzuschuss angehoben werden, nämlich, so wie in der Steiermark und in

Vorarlberg, auf mindestens die Armutsgrenze von 1.371 Euro pro Einzelperson anstatt auf 1.200 Euro, wie es das Land Oberösterreich macht. Und nicht zuletzt erfolgt die Auszahlung viel zu spät. Für viele ist es unmöglich, die hohen Energiekosten bis ins Frühjahr 2023 vorzufinanzieren.

Derzeit beziehen nur 15.000 Haushalte einen Heizkostenzuschuss. Wenn man ihn auf alle Haushalte ausweitet, die armutsgefährdet sind, sind das 67.000 Haushalte in Oberösterreich. Diese Ausweitung und die Erhöhung des Heizkostenzuschusses auf 700 Euro kosten das Land knapp 44 Millionen Euro.

Ein Wärmepreisdeckel ist dringend notwendig

Zwei Drittel der Oberösterreicher/-innen, die mit ihrem Einkommen nicht auskommen, können es sich nicht leisten, ihr Haus oder ihre Wohnung warm zu halten. Es braucht daher dringend Maßnahmen des Landes Oberösterreich, um die Menschen zu unterstützen. Das Burgenland hat es vorgemacht und einen Wärmepreisdeckel eingeführt: Wenn die Wärmekosten eines Haushalts einen gewissen Prozentsatz des Jahres-Netto-Haushaltseinkommens übersteigen, werden die Kosten gedeckelt. Je geringer das Einkommen, desto niedriger ist dieser Prozentsatz. Was darüber hinausgeht, übernimmt das Land. Ein solches Modell fordern wir auch für Oberösterreich.

Jedes Kind braucht gleichen Schutz vor Armut: Erhöhung der Kinderrichtsätze in der Sozialhilfe auf mindestens 264 Euro pro Kind und Monat

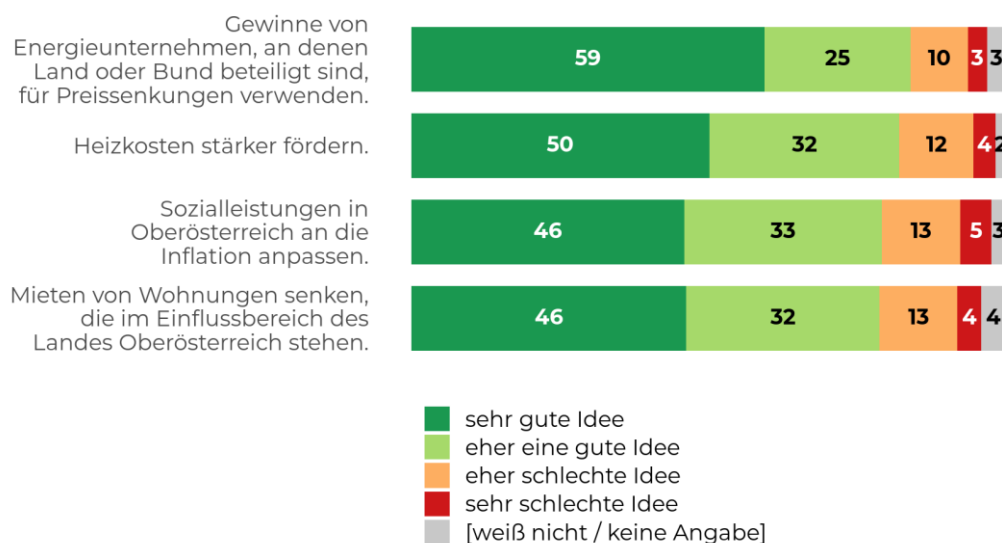
Die Sozialhilfe in Oberösterreich ist benachteiligt auch nach der jüngsten Novelle Mehrkindfamilien. Während man für das erste im Haushalt lebende Kind noch 244,49 Euro pro Monat erhält, sinkt die Leistungshöhe mit jedem weiteren Kind. Familien mit fünf oder mehr Kindern im Haushalt bekommen pro Kind und Monat nur mehr 117,35 Euro. In anderen Bundesländern, wie Wien und Vorarlberg, werden höhere Leistungen von bis zu 264 Euro pro Kind gewährt. Das fordert die AK auch für Oberösterreich. Die Kosten dafür belaufen sich, bei 2.800 Kindern in Haushalten mit Sozialhilfebezug, auf 8,9 Millionen Euro pro Jahr.

Oberösterreich muss in die soziale Infrastruktur investieren, damit Vollzeit möglich ist

Um von Arbeit leben zu können, braucht es bessere Rahmenbedingungen. Darum müssen die Angebote zur Kinderbetreuung und zur Pflege älterer Menschen massiv ausgebaut und kostengünstig gestaltet werden. Die Nachmittagsgebühren im Kindergarten müssen wieder abgeschafft werden, weil sie es vorwiegend Frauen erschweren, in eine Vollzeitbeschäftigung zu wechseln.

Mit diesen Forderungen trifft die Arbeiterkammer genau den Nerv ihrer Mitglieder. Das zeigt auch die aktuelle IFES-Studie samt der Frage nach den erforderlichen Maßnahmen gegen die Teuerungen.

Forderungen der oberösterreichischen Beschäftigten an die Landesregierung



IFES-Studie zur Teuerung im Auftrag der AK Oberösterreich

- Erhebungszeitraum: Oktober 2022
- Stichprobe: 820 AK-Mitglieder in Oberösterreich
- Telefonische und Online-Interviews